11. Schulpolitische Forum in Dresden

Schule im Dialog

Schule und Unterricht stehen vor großen politischen Herausforderungen. Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten haben den Erziehungs- und Bildungsauftrag für eine demokratische Schulentwicklung und die politische Bildung. Unter dem Motto „Neutrale Schule? Politische Bildung zwischen Lehrermeldeportal und Beutelsbacher Konsens“ fand am 23. März 2019 auf Einladung der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag und der Fachkommission Bildung im SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen eine gemeinsame Veranstaltung statt.

Veranstaltungsort war die ehemalige Untersuchungshaftanstalt, die heute als Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden für die Opfer des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit der Öffentlichkeit zugänglich ist. Betreut durch den Trägerverein Erkenntnis durch Erinnerung e.V., gestattet sie den Besuchern einen Blick in die Geschichte.

Dr. Herbert Wagner, Vorsitzender des Trägervereins, begrüßte die Teilnehmenden mit einem geschichtlichen Abriss über die Gedenkstätte. Dirk Baumbach, 1. Vorsitzender des Berufsschullehrerverbandes und Leiter der Fachkommission Bildung im SBB, stellte die Akteure der Veranstaltung vor. Wilfried Kühner, Abteilungsleiter im SMK, vertrat den sächsischen Kultusminister Christian Piwarz und stellte in seinem Fachvortrag das Konzept „W wie Werte“ vor. Dieses, von einer Expertenkommission im Jahr 2017 verfasste Handlungspapier, beschreibt strategische Positionen und leitet daraus einen Maßnahmenkatalog als Empfehlung ab. Kühner zitierte aus dem Konzept: „Schule ist ein per se politischer Raum“ und führte aus, dass „Schule als Lern- und Lebensort nicht unpolitisch sein kann.“ Viele im Konzept formulierten Empfehlungen seien aufgegriffen und umgesetzt worden. Mit der Winterakademie sei im Februar 2018 ein zentrales Fortbildungsangebot gestartet worden. „Wir müssen unsere Lehrer stark machen“, so Kühner weiter.

© Hala@SBB (3)

Dr. Herbert Wagner, Vorsitzender des Trägervereins, begrüßt die Gäste des Schulpolitischen Forums.

Im laufenden Schuljahr 2018/2019 starteten die Projekte „Schule im Dialog“ der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und „Deine Idee? Deine Schule. Deine Entscheidung!“ in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Jugendstiftung. Allerdings sind, bedingt durch die Personalsituation an den sächsischen Schulen, einige Empfehlungen wie zum Beispiel die Einführung einer Klassenleiterstunde aktuell nicht umsetzbar.

Führung durch die Gedenkstätte.

Prof. Dr. Rico Behrens, Inhaber des Lehrstuhls für politische Bildung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, beleuchtete das Thema Politische Bildung in der Schule – Demokratie lernen zwischen Anspruch und Grenzen. Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleiter aller Schularten, Abgeordnete des Sächsischen Landtages, Vertreter des Kultusministeriums und alle an politischer Bildung Interessierte nutzten den inhaltlichen Input für den nachmittäglichen individuellen Austausch. Vorab stand noch die Besichtigung der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt auf dem Programm. Emotionale Betroffenheit, die sich durch die

Schilderungen der Referenten und Zeitzeugen ergaben, bleiben nachhaltig im Gedächtnis. Zum Abschluss der Veranstaltung bedankte sich Holger Gasse, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Schule und Sport der CDU-Fraktion, bei den Anwesenden und beendete das 11. Schulpolitische Forum mit dem Fazit: Politische Bildung in der Schule kann nur dann eine positive Wirkung entfalten, wenn sie neben der Wissensvermittlung in der Lage ist, Neugierde, Begeisterung und Interesse zu wecken – aus denen im Idealfall politisches Handeln erwächst.

BTB Sachsen

Dialog mit Ministerpräsident Michael Kretschmer

Am 20. Februar 2019 besuchte der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer als erster Ministerpräsident überhaupt den Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen (GeoSN).

Der Vorstand des BTB mit Ministerpräsident Michael Kretschmer (Mitte)

Er löste damit ein Versprechen ein, das er der Frauenvertreterin des BTB Sachsen und stellvertretenden BTB-Bundesvorsitzenden Roswitha Wiest vor knapp einem Jahr gegeben hatte.

Positiv hervorzuheben ist, dass im Stellenplan des GeoSN für das Jahr 2019 keine kw-Vermerke angebracht wurden und somit die frei werdenden Stellen nachbesetzt werden können. Allerdings ist die Schiebung der kw-Vermerke auf den nächsten Haushalt bei einem Altersdurchschnitt von über 51 Jahren auch keine Lösung. Der Ministerpräsident sieht das ähnlich. Auch aus seiner Sicht sollten die kw-Vermerke gänzlich der Vergangenheit angehören.

Gerade unter dem Blickwinkel des Personalmangels in der Verwaltung begrüßt der BTB Sachsen die Ausbildungsoffensive des Freistaates Sachsen. Infolge des schon jetzt erkennbaren Bewerbermangels sollte aus Sicht des BTB Sachsen auch im technischen Bereich über ein Duales Studium nachgedacht werden, wie es bereits beim Freistaat Thüringen oder in abgewandelter Form beim Landratsamt Erzgebirgskreis praktiziert wird. Auch die Wiedereinführung der Laufbahnausbildung im mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst kann dazu beitragen, junge Fachkräfte zu gewinnen. Der Ministerpräsident sagte zu, die Angelegenheit dem Amtschef der Sächsischen Staatskanzlei, Thomas Popp, zu übergeben und bat um weitere Informationen. Zum Thema Fachkräftemangel wurde dem Ministerpräsidenten das Positionspapier des BTB mit dem Hinweis überreicht, dass im Freistaat Sachsen ein dem Bundesgesetz ähnliches Fachkräftegewinnungsgesetz beschlossen werden sollte, um für die gesetzlichen Aufgaben wie zum Beispiel INSPIRE, Geoportal oder Open Data ausreichend qualifiziertes Personal gewinnen zu können. Zur Änderung des Vermessungsgesetzes beanstandete André Ficker, stellvertretender Landesvorsitzender des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, dass im Entwurf den Landkreisen und Kreisfreien Städten (Untere Vermessungsbehörden) nicht die Möglichkeit der Vermessung an deren eigenen Grundstücken sowie Gebäudeaufnahmen eingeräumt wird. Kritikwürdig ist auch die Nichtbeteiligung des BTB an der aktuellen Gesetzesänderung. Ministerpräsident Kretschmer sagte zu, dies umgehend an den zuständigen Staatssekretär weiterzugeben.

Am 19. und 20. März 2019 tagte der Landesvorstand des SBB im Kloster Nimbschen in Grimma. Auf der Tagesordnung standen neben den Tätigkeitsberichten der Landesleitung, Grundsatz- und Fachkommissionen und den Querschnittsvertretungen auch Themen wie die exklusive Zusammenarbeit mit dem dbb vorsorgewerk und das Thema „Die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger“.